

Von verödeten Landen, Tränen und einer Einladung mit Folgen

Astrid von Schlachta, Vortrag am 8.11.2014 – 350 Jahre Mennistenkonzession in der Pfalz

Jetzt kommen die Schweizer Brüder! Mit kleinen Booten auf dem Rhein und mit Wagen über das Land. Es sind bereits 200 Menschen hier, jung und alt. Letzte Woche kamen 6 Brüder, die ankündigten, dass in 2 Tagen weitere 700 Seelen kommen würden. Als wir gerade damit beschäftigt waren, für diese 700 Menschen Unterkünfte zu besorgen, kamen noch mal 60 Menschen auf unseren Hof; unter ihnen viele alte Leute, aber auch junge. Einige von ihnen waren Krüppel oder lahm. Viele trugen ihr Bündel auf dem Rücken und ihre Kinder auf den Armen. Einige waren guten Gemüts und sehr zuversichtlich, anderen liefen die Tränen über die Wangen – besonders den alten Leuten, die auf ihre alten Tage all dies Unglück erleben und ihre Heimat verlassen müssen, um in fremde Länder auszuwandern. Kaum hatten wir uns um diese Flüchtlinge gekümmert, kamen erneut 50 Leute nach Mannheim. Doch sie hatten keine Chance, dort zu bleiben, und so holten wir auch sie.

So geschrieben in einem Brief, den der mennonitische Prediger Jacob Everlingh aus Obersülzen im November 1671 an den ebenfalls mennonitischen Kaufmann Hans Vlamingh in Amsterdam schrieb. Kaum hatte er den Brief fertiggestellt, war er schon wieder gefordert. In einem Nachsatz schreibt er, dass 60 Menschen auf dem Rhein ankamen und 40 weitere auf dem Landweg die Pfalz erreichten. Er wisse kaum, so klagt er, wie er für all diese Menschen Unterkunft finden solle. Doch sie würden alles versuchen – möge Gott uns Weisheit und Verstand geben, dass wir allen Rat geben und helfen können. Auf dass sein Name geehrt und unser aller Heil und Seligkeit mag befördert werden.

Das Dokument ist Zeugnis eines Massenexodus aus der Schweiz in die Pfalz. Es ist Zeugnis für eine bis dahin beispiellose Hilfsaktion, für ein logistisches Meisterwerk frühneuzeitlicher Nächstenliebe und Flüchtlingsarbeit. Und es ist Zeugnis einer vorbildhaften Kooperation zwischen pfälzischen und holländischen Mennoniten. Letztere, die Holländer, nahmen die Not und die lebensbedrohliche Situation ihrer Glaubensgeschwister in der Schweiz zum Anlass, ein eigenes Hilfswerk ins Leben zu rufen, den „Ausschuss für die schweizerische Sache“, aus dem das Hilfswerk „Fonds für ausländische Notlagen“ hervorging.

Tränen flossen ihnen über die Wangen, besonders den alten und unvermögenden Leuten, die gezwungen waren, noch im „hohen Alter im Elende“ umherzuwandern und in „fremden Landen“ neu anzufangen. Es mag vielen der Täufer so gegangen sein, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in den reformierten Kantonen der Eidgenossenschaft ihr Säcklein schnürten, fast ihren gesamten Besitz zurücklassen und sich in eine ungewisse Zukunft begeben mussten. Viele weitere Berichte aus der Pfalz überliefern die Not der Schweizer Täufer. Ob in ihrer Heimat, wo sie der dauerhaften Verfolgung ausgesetzt waren; sie hätten dort gar nicht mehr schlafen können. Stets drohte das Gefängnis oder sogar die Strafversetzung auf Galeeren, wo der Tod noch näher oder zumindest die Brandmarkung sicher war. Ob bei ihrer Ankunft in der Pfalz, wo sie als ärmlich, teilweise nackt, beschrieben werden. Manche hatten ein wenig Geld bei sich, andere kamen völlig mittellos. Der älteste Flüchtling dürfte wohl der über 90jährige Christian Stauffer gewesen sein; er kam mit seiner zweiten Frau, die auch schon 70 Jahre alt war. Beide brachten nichts mit. Von Christian Stauffer heißt es in den Quellen, er habe über 94 Ur-Enkel, von denen 16 gestorben waren, jedoch 78 noch lebten. Doch die Quellen berichten auch, wie die Flüchtlinge den Helfern um den Hals fielen, vor lauter Dankbarkeit – und in Tränen ausbrachen.

Von verödeten Landen ...

Die Pfalz hatte durch den 30jährigen Krieg verheerende Verluste erfahren; die Forschung geht von über 60% Bevölkerungsrückgang aus. Die Wiederbesiedlung schien am besten möglich, indem man sich Fremde ins Land holte, die halfen, das Land wieder aufzubauen. Wie es die „Mennistenkonzession“ formulierte: weil „wir Menschen und Untertanen, die das verödete Land wiederum bauen und in den Stand bringen höchst bedürfen“. Eben Menschen, die aufbauen – so das Motto, unter dem das Jubiläumsjahr läuft - „ohne Gewehr und Krieg“.

Zeitlich befinden wir uns mit dem Jahr 1664 bereits in einer Epoche, die auf zwei wichtige Religionsfrieden zurückblicken konnte: 1555 der Augsburger Religionsfrieden und 1648 der Westfälische Frieden. Letzterer, der Westfälische Frieden, stellte immerhin die drei großen Konfessionen im Reich, die Katholiken, die Protestanten und die Reformierten, gleich. Doch die Zeit der Glaubensverfolgung war auch mit dem Westfälischen Frieden nicht beendet – ein nicht nur frühneuzeitliches Problem der Durchsetzung von Recht. Evangelische im Reich und in angrenzenden europäischen Ländern hatten immer noch unter Verfolgung zu leiden. 1685 traf es die französischen Hugenotten, die Ludwig XIV. nicht mehr dulden wollte. Im gleichen Jahr gerieten in der Pfalz die Evangelischen unter Druck, weil der neue Landesfürst die katholische Religion einführte. Und Anfang und Mitte des 18. Jahrhunderts waren es die Salzburger Erzbischöfe und die habsburgischen Erzherzöge, die ihre evangelischen Untertanen des Landes verwiesen.

Doch es war nicht nur das Problem von gesetzlichen Normen und der Schwierigkeit ihrer Durchsetzung, sondern die Anerkennung lediglich der drei großen Konfessionen ließ alle anderen Gläubigen leer ausgehen. Sie fielen auch nach 1648 durch alle Netze reichsrechtlicher Anerkennung, und dies waren alle täuferischen Gruppen sowie die Quäker und frühe Pietisten, die noch keineswegs fest verankert waren in der evangelischen Kirche. Für alle Untertanen, die der Westfälische Frieden von 1648 nicht einschloss, blieb Tolerierung Gnadenache. Es waren Gnadenakte wie die Mennistenkonzession, die den devianten, das heißt nicht konformen, abweichenden Untertanen die Existenz sicherten. Wobei: Deviant und abweichend waren sie natürlich nur, weil die Mehrheitsmeinung sie dazu machte.

Nicht nur die pfälzischen Kurfürsten erließen Privilegien wie die Mennistenkonzession. 1662 hatte bereits Graf Friedrich III. von Wied der Stadt Neuwied ein Stadtrechtsprivileg verliehen, das anderswo Verfolgte einlud, sich in der Stadt niederzulassen. Personen, „waß Stands, oder Religion“ sie auch seien, erhielten die Zusage, nach ihrem Gewissen zu leben und ihre Religion ungehindert in ihren Häusern auszuüben. Auch Mennoniten kamen unter diesen Vorzeichen nach Neuwied. Oder nehmen wir die Stadt Friedrichstadt an der Eider, die 1621 ebenfalls unter dem Vorzeichen der Toleranz gegründet wurde und Mennoniten, ebenso wie anderen, in Holland Verfolgten offenstand. Die Mennistenkonzession war auch nicht das erste Privileg der Pfalz. Bereits 1652 hatte Kurfürst Karl Ludwig ein Privileg für Mannheim erlassen, das „alle ehrlichen Leute von allen Nationen“ einlud, die ebenfalls zerstörte Stadt Mannheim wieder aufzubauen und wirtschaftlich voranzubringen.

So großmütig und offenherzig diese Privilegien auf den ersten Blick erscheinen mögen – sie waren letztendlich berechnende Politik, Kalkül und trugen die Erwartung auf ein Geschäft auf Gegenseitigkeit in sich. Denn standen auf der Vorderseite der Medaille „Privileg“ die Tolerierung, die Ansiedlung und möglicherweise eine „Anschubfinanzierung“, die aus Baumaterial, Brennholz und Steuernachlässen bestehen konnte, so waren in die Rückseite der Medaille die Worte „Nützlichkeit“, „fürstliches Eigeninteresse“ und „finanzieller Gewinn“ geprägt. Die Landesfürsten versprachen sich von der Tolerierung neuer Untertanen langfristig Mehreinnahmen, Urbarmachung

und Kultivierung von Land sowie Reputation und Wohlstand.

Die Rechnung ging häufig auf: Nicht zuletzt durch die Aufnahme neuer Siedler, unter anderem der aus Frankreich vertriebenen Hugenotten, schaffte Preußen im 17. Jahrhundert seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg. „Warum ist, oder war bisher der Wohlstand der Protestantischen Staaten so gar viel größer als der katholischen?“ - so fragte im 18. Jahrhundert der unter dem Pseudonym Christian Friedrich Menschenfreund publizierende bayerische Rechtsgelehrte Johann Adam von Ickstadt. Eine der Antworten, die er selbst gab, war jene, dass die Tolerierung Andersgläubiger dem Land stets Nutzen bringe – und Geld. Viele Länder hätten zu lange Untertanen verfolgt und des Landes verwiesen. Sie hätten nicht realisiert, so Menschenfreund, dass die „Freyheit der Religionen“ neue Untertanen anziehen könne, die „neue Talente, neue Künste, neue Wissenschaften, neue Mittel der Nahrung“ ins Land bringen, woraus „ergiebige Quellen des Reichthums“ entstünden.

Privilegien wie die Mennistenkonzession waren also stets ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Darüberhinaus waren sie keineswegs dauerhaft, sie waren ein Gnadenakt und vom Landesfürsten jederzeit widerrufbar. Von jedem neuen Herrscher mussten sie erneuert werden. Auch die Mennistenkonzession hatte keinen dauerhaften Bestand wie der Fortgang der Geschichte nach dem Tod Kurfürst Karl Ludwigs im Jahr 1680 zeigt. Es war an den Untertanen, den Mennoniten, sich an den neuen Herrscher zu wenden und ihn darum zu bitten, die Konzession zu bestätigen. Kurfürst Karl tat dies zwar, stellte jedoch auch klar, dass er ein weiteres Anwachsen der täuferischen Gemeinden nicht wünschte. Für zukünftig neu in der Pfalz ankommende Täufer sollte die Konzession nicht gelten. Somit entstand also ein zweifaches Rechtssystem für die Täufer in der Pfalz: Die bereits dort wohnenden lebten auf der Basis der Mennistenkonzession; die neu ankommenden waren erst einmal wieder ohne Existenzberechtigung im Land. Kurfürst Karl starb bereits nach fünf Jahren und für die Pfalz begann eine grausame Zeit des Erbfolgekrieges. Als dieser vorbei war, hatte die nun an der Macht stehende katholische pfälzische Linie ihre Herrschaft gesichert. Der neue Landesfürst Philipp Wilhelm bestätigte erneut die Mennistenkonzession.

Die Existenz rechtlich nicht akzeptierter Minderheiten, wie sie die Täufer waren, blieb in der Frühen Neuzeit also abhängig von Privilegien. Die Mennistenkonzession war ein Beispiel. Doch es blieb – dies dürfte deutlich geworden sein – stets dieses Quäntchen Unsicherheit, was die Zukunft betraf.

Von Tränen und vom Verlassen der Heimat

Eine Erfahrung, die viele Täufer im Alten Reich und in Mitteleuropa im 17. Jahrhundert machten. Migration – erzwungenermaßen und mehr oder weniger freiwillig, wenn man an die Auswanderungen nach Amerika denkt – gehörte weiterhin zum täuferischen Leben.

Doch wie lebten die Täufer eigentlich im 17. Jahrhundert? Äußerst unterschiedlich. Täuferisches Leben reichte von der Tolerierung und weitgehenden Akzeptanz, etwa in den Niederlanden, wo die Täufer auch in weiten Teilen ihres Lebens assimiliert waren, bis hin zur harten Verfolgung und Vertreibung, für die die reformierten Kantone der Schweiz beispielhaft stehen. Dazwischen gab es Regionen, in denen der Wind recht beständig aus Richtung Tolerierung wehte, aber eben auch mal drehen konnte. Kurzzeitige, lokal eher begrenzte Vertreibungen waren die Folge. Die preußischen Gebiete an der Ostsee wären hier zu nennen, wobei es sich meist um wirtschaftlich motivierte Verfolgungswellen handelte. Häufig lagen diesen wirtschaftliche Konflikte zugrunde, in denen der Neid anderer Handwerker oder Unternehmer den Mennoniten das Leben schwer machte. Etwa in

Danzig, wo Mennoniten zur wirtschaftlichen Elite gehörten, beispielsweise über Unternehmen wie den „Lachs“, der das bekannte „Danziger Goldwasser“ produzierte, oder über die mennonitischen Bortenwirker.

In ländlichen Regionen, wo Mennoniten nicht zur wirtschaftlichen Elite, sondern zur einfachen Schicht der Bauern gehörten, war es manchmal eine ganz einfache Frage, die über ihre Duldung entschied: Waren sie den Obrigkeiten von Nutzen oder nicht? So war auch der preußische König Friedrich Wilhelm I., der die vertriebenen Salzburger Protestanten sofort aufnahm, nicht immer davon überzeugt, warum er wirtschaftlich nicht so erfolgreiche und dazu noch den Kriegsdienst verweigernde Untertanen unbedingt dulden sollte. Die Frage nach dem Nutzen betraf eben weniger die wirtschaftlich erfolgreichen Mennoniten in Danzig, sondern jene in den ländlichen Gebieten Ost- und Westpreußens.

Sehr herausstechend in der Verfolgungsgeschichte des 17. Jahrhunderts sind die reformierten Kantone der Schweiz. Alte Muster des 16. Jahrhunderts hatten sich hier erhalten und hatten durch neuere Entwicklungen neue Nahrung bekommen. Man warf den Täufern vor, im Ernstfall nicht zu den Waffen zu greifen und das eigene Territorium nicht zu verteidigen. Nicht nur der heutige Schweizer hat seine Waffe im Schrank. Auch ein Eidgenosse des 17. Jahrhunderts sollte seinen Kanton gegen feindliche Übergriffe mit der Waffe verteidigen können. Das Land muss wehrfähig sein. 1659 heißt es in einem Mandat im Kanton Bern: Jeder Untertan habe die Verpflichtung, „das vatterland, als unser aller mutter, zu schützen und zu schirmen, ja gut und blut dafür aufzusetzen“; dies würde das „gesetz der natur“ gebieten. Eine Auffassung, die die Duldung der Täufer auf eine harte Probe stellte.

Von einer Einladung mit Folgen

Rettung für die Schweizer Täufer bot die Pfalz. Die „Mennistenkonzession“ definierte die Bedingungen der Ansiedlung. Gottesdienst durfte in Dörfern gefeiert werden, in denen fünf oder mehr Häuser Täufern gehörten. Die Personenzahl war jedoch beschränkt; es durften nicht beliebig viele Besucher zusammenkommen. Erklärbar ist dieser Passus mit dem Versuch der Obrigkeiten, die Versammlungen so weit wie möglich zu kontrollieren und ganz nach frühneuzeitlicher Manier Ordnung zu garantieren. Mennoniten durften keine Mission betreiben – auch dies ein Passus, der aus der Sicht eines frühneuzeitlichen Monarchen, der sich als Herr über die Konfession in seinem Land sah, verständlich ist. Die Staatstheorie, die das Handeln der Herrscher legitimierte, zielte ja weiterhin darauf, ein konfessionell einheitliches Territorium zu schaffen. Die Mennoniten sollten politisch ruhig sein, das heißt den Obrigkeiten nicht gotteslästerlich oder aufrührerisch begegnen. Sie mussten ein Schutzgeld bezahlen, das sogenannte „Menisten-Recognitions-geld“: 6 Gulden pro Person. Auch dies war nicht ungewöhnlich. Die frühneuzeitlichen Herrscher hatten sehr schnell erkannt, dass man mit Tolerierung Geld machen kann. In Ostfriesland etwa zahlte jeder Mennonit seit 1626 sechs Reichstaler.

Bereits einige Jahre vor der Mennistenkonzession hatte Kurfürst Karl Ludwig 1652 das schon erwähnte Privileg für Mannheim erlassen und Menschen zum Aufbau der Stadt eingeladen. Einige Hutterer aus Oberungarn zog das Privileg an. In einer Eingabe an die kurfürstlichen Behörden hatten sie ihre Forderungen definiert. Sie wollten ihre Lehre, ihre Vermahnung, ihren Gottesdienst und ihre Schule nach ihrer „gewonheit, unbehindert“ ausüben. Auch wollten sie die Erlaubnis erhalten, Leute aufzunehmen, die sich zu ihnen begaben, also offenkundig die Erlaubnis haben Mission zu betreiben. Und sie baten darum, ihre Gemeindeglieder nach ihrer eigenen Rechtsprechung, nach den hutterischen Gemeindeordnungen und durch die Gemeindeältesten,

richten zu dürfen. Dies waren sehr weitreichende Privilegien, die die Hutterer sich erbaten: eigene Rechtsprechung, eigenen Gottesdienst und eigene Schule, und Mission. Die kurfürstlichen Behörden genehmigten denn auch tatsächlich die meisten Punkte. Allerdings im Punkt Aufnahme von neuen Mitgliedern gab es Einschränkungen. Die Hutterer durften nur Leute aufnehmen, die keine Untertanen des Kurfürsten waren. Wollten sich kurpfälzische Untertanen den Hutterern anschließen, so hätte der Rat der Stadt Mannheim seine Zustimmung geben müssen. In Summe jedoch kein schlechtes Ergebnis für die Hutterer. Dennoch geriet der Hof nach einigen Jahren in Schwierigkeiten, denn offenbar konvertierten einige Hutterer zur reformierten Kirche und auch mit den Handwerkern gab es Probleme. Gut 30 Jahre nach der Gründung, spätestens 1684, gaben die Hutterer den Hof in Mannheim wieder auf.

Zurück zu den Mennoniten. Die Hilfsaktionen für die Schweizer Flüchtlinge in der Pfalz liefen äußerst professionell an. Einheimische Täufer reisten in der Gegend herum, um eine Bestandsaufnahme zu machen: Was war vorhanden? Welche finanziellen Mittel waren da? Was brauchte man? Bittschreiben gingen an die verschiedenen Gemeinden, vor allem an die finanzstarken Holländer: Spenden, Kollekten, Unterstützung waren gefordert. Rechtliche Angelegenheiten mussten geregelt werden. Die Neuankömmlinge waren insbesondere in der Landwirtschaft tätig – hier war ja auch das brach liegende Land zu bestellen. Wenn die Neuankömmlinge einen Hof pachteten, brauchten sie Startkapital, vor allem in Form von landwirtschaftlichem Gerät.

Zur Koordination der Hilfeleistung unternahmen die mennonitischen Prediger Georg Leichten und Valentin Huetwohl um den Jahreswechsel 1671/72 eine Reise durch die Pfalz und erstellten dabei eine Liste mit den Namen der Bedürftigen und den vorhandenen finanziellen Mitteln und Dingen des alltäglichen Bedarfs. Doch die Hilfe war aber auch Hilfe zur Selbsthilfe. Eine „Instruktion“ für in die Pfalz reisende Doopsgezinde forderte diese auf, sich genau nach den Lebensbedingungen in der Pfalz zu erkundigen. Wenn eine sichere, tolerierte Ansiedlung möglich war, sollten die Flüchtlinge dauerhaft bleiben und sie sollten aufgefordert werden, so bald wie möglich im Handwerk oder im Handel tätig zu werden, um sich selbst erhalten zu können.

Doch so gut die Hilfsaktion an- und ablief – ohne Probleme ging es nicht. Und Probleme ergaben sich auch aus den unterschiedlichen sozialen und geistlichen Ausrichtungen der Akteure – der Schweizer, der Pfälzer und der holländischen Täufer. Die Hilfsaktion rund um die Einwanderung in die Pfalz macht die Brüche unter den Täufern deutlich. Allein auf niederländischer Seite war das Helfen nicht so einfach, denn die Spaltung zwischen progressiven Lamisten und den Waterländern auf der einen Seite und den konservativen Zonisten auf der anderen Seite erschwerte die Verantwortlichkeiten. Zwar erklärten sich alle Richtungen schlussendlich bereit, Kollekten für die verfolgten Schweizer einzuheben, doch hatten die Waterländer in Harleem zunächst gemeint, eigentlich sollten eher die preußischen Mennoniten helfen, weil sie den Schweizern näher stünden als die holländischen Waterländer. Und auch den Pfälzern waren die Waterländer nicht ganz geheuer, wie ein Brief von Jakob Everlingh aus Obersülzen zeigt. Er bat die waterländische Gemeinde in Amsterdam erst einmal um ein paar theologische Klarstellungen: Waren sie wirklich davon überzeugt, dass Jesus Christus nicht stellvertretend, sondern nur als Vorbild für die Menschen gestorben war? Gaben sie das Abendmahl wirklich auch an Menschen aus, die nur als Kind getauft waren? Erlaubten sie ihren Gemeindemitgliedern, Ehepartner zu nehmen, die nicht Mitglied der Gemeinden waren?

Seinen eigenen Angaben zufolge beruhigten die Antworten aus Amsterdam Jakob Everlingh, doch zeigt der Brief besonders eindrücklich, wie die Rechtgläubigkeit in Hilfsaktionen zur Feuerprobe wurde. Und schauen wir noch auf die Schweizer Seite. Hier gab es große Diskussionen darüber, ob

man angesichts der obrigkeitlichen Verfolgungsmaßnahmen überhaupt auswandern sollte. Oder ob das Ausharren in der Verfolgung nicht geistlicher und das Leiden nicht ein größeres Glaubenszeugnis war.

Was brachten die Täufer der Pfalz? Der ganz konkrete Nutzen waren die Urbarmachung und Bestellung des Landes, der Wiederaufbau der Dörfer und der Höfe sowie die Verwaltung der Höfe und des dazugehörigen Landes. Aus mennonitischen Kreisen der Pfalz gingen im 18. Jahrhundert wichtige Agrarreformer hervor. Sie wurden Ende des 18. Jahrhunderts sogar von den Habsburgern nach Galizien eingeladen, was ein wenig ein „Treppenwitz“ der Geschichte war. Denn zu der Zeit, als der habsburgische Kaiser Joseph II. Mennoniten nach Galizien einlud, verfolgte er Hutterer, die ebenfalls in seinen Ländern, nämlich im Raum Bratislava siedelten. Diese waren jedoch nicht von Nutzen.

Was brachten die Täufer, außer steuerlicher Einnahmen? Und was bringt uns der Blick auf 1664? Mit unserem häufig sehr groben, die Jahrhunderte und die Welt zu einer einzigen Entwicklung zusammenfassenden Blick interpretieren wir die täuferische Geschichte oft sehr reduziert auf die großen Errungenschaften. Womit wir die Täufer eigentlich bedauerlicherweise sehr eng führen. Nichtsdestotrotz fördert dieser Blick zunächst einmal wichtige Ergebnisse zutage. Wie in einem Brennglas zeigt die Geschichte der Mennoniten die allmähliche Entwicklung hin zu Grund- und Menschenrechten. Wir blicken auf einen sehr langen Kampf, der mit viel Tod und Leid verbunden war, mit viel Aufgeben des Vertrauten und viel Neuanfang. Es war der Kampf um Freiheit, um Freiheit, den eigenen Glauben leben zu dürfen. Und Freiheit, sich seinen Glauben selbstbestimmt suchen zu dürfen. Man wollte nicht nur toleriert sein, sondern akzeptiert und anerkannt – und in allen Rechten gleichberechtigt. Es war ein Kampf, der letztendlich sehr spät belohnt wurde. Leider waren es immer erst die nachfolgenden Generationen, die von diesem Kampf profitiert haben – letztendlich schrieben ja erst die Verfassungen des frühen 19. Jahrhunderts die Ergebnisse fest.

Wir blicken auch darauf, wie die Täufer die Gesellschaft in ihrer Verfasstheit infrage stellten. Abweichung gibt es immer und sie ist nötig, denn sie stellt eine Gesellschaft vor Herausforderungen und Anforderungen. Sie setzt sie letztendlich unter Zugzwang, über Veränderung nachzudenken. Auch wenn es angesichts von Tod und Vertreibung nicht ganz angemessen klingt: Das Schicksal der Täufer, jede Notlage, erhöhte die Vorbildwirkung der Täufer. Man redete über sie, vor allem redeten auch die Gelehrten der Aufklärung, die sich die Toleranz zum Ziel gesetzt hatten. Der französische Aufklärer Pierre Bayle betrachtete die Täufer als gehorsam, als ruhige und friedliche Leute. Sie würden ohne Luxus und Verschwendung leben und sich von anderen Menschen, die mit List und unerlaubten Mitteln arbeiten, unterscheiden. Die Täufer würden alle nötigen Abgaben leisten – und mit ihrem Geld könne man Truppen finanzieren, was, so Bayle, wesentlich besser wäre als wenn die Täufer selbst kämpfen würden. Dass die Täufer den Eid nicht leisten, sieht Bayle nicht als problematisch an, denn sie würden sich an ihr Wort gebunden fühlen wie an einen Eid. Die Täufer wurden zum häufig sehr traurigen Vorbild. Sie veranlassten, über Tolerierung und schließlich über Toleranz nachzudenken, darüber, ob eine andere geistliche Einstellung letztendlich ausreichend sein dürfte, um Untertanen zu vertreiben.

Doch hinter dieser, die Jahrhunderte überspannenden globalen Sicht verschwinden jegliche Nuancen, Zwischenschritte, Brüche und die sehr vielfältigen Erfahrungen. Bei allem Nachdenken über die gesellschaftlichen Veränderungen: Die Geschichte der täuferischen Gemeinden war, ebenso wie die Reformation, im Kern eine religiöse Angelegenheit, die den Glauben der Menschen, das Gewissen, betraf. Es war die Geschichte jedes einzelnen Menschen in seinem Glauben. Diese Geschichte eröffnet abseits der Schlagworte „Freiheit“, „Menschenrechte“, „Wehrlosigkeit“, „Pazifismus“ und „Mission“ eine Vielfalt, die die Bewegung und die Gemeinden der Täufer in der

ganzen Breite ihrer zeitgenössischen Erfahrungen zeigt. Es gibt nicht „den“ Täufer oder „die“ Täuferin. Einige standen auf der Seite der Bauernkrieger. Andere wollten die Welt in ihrem persönlichen Umfeld verändern. Einige suchten bewusst die Öffentlichkeit, um sich taufen zu lassen, und setzten damit ein Zeichen. Andere ließen sich still und leise auf einer Alm taufen, wenn ein durchreisender Prediger vorbeikam. Einige predigten laut in den Dörfern, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Andere trafen sich in ihren Häusern oder in Wäldern, um gemeinsam Gottesdienst zu feiern, in der Bibel zu lesen, zu beten – oder sie redeten gar nicht über ihren Glauben, sondern lebten ihn. Einige suchten auf den hutterischen Bruderhöfen die Erfüllung christlichen Lebens in vollständiger Lebens- und Gütergemeinschaft. Andere gingen nach Mähren, weil sie zuhause Schulden hatten, nicht arbeiten wollten und meinten, die Hutterer böten das Paradies auf Erden; das Schlaraffenland, wo die Schweine schon gebraten durch die Gegend laufen. Einige sonderten sich vollkommen ab, gingen nicht mehr in katholische und evangelische Gottesdienste – ein deutliches Zeichen in der frühneuzeitlichen Dorfgesellschaft mit ihrer intensiven gegenseitigen Kontrolle. Andere wählten ein nikodemitisches Leben, das heißt sie waren im Herzen täuferisch, gingen jedoch weiterhin in die offiziellen Gottesdienste – und dachten sich ihren Teil. Einige sahen im späten 17. Jahrhundert in den pietistischen Aufbrüchen die Möglichkeit, dem alten täuferischen Glauben neues erwecktes Leben einzuhauchen. Andere sahen im Pietismus den größten Gegner des „richtigen“ täuferischen Glaubens und Lebens.

Dies sind nur einige Lebensmuster aus dem breiten Spektrum der frühneuzeitlichen Täufer. All diese verschiedenen Erfahrungen schlossen sich nicht gegenseitig aus, sondern sie ergeben gemeinsam das Bild der Täufer. Gerade im Hinblick auf 2017 und das Reformationsjubiläum muss betont werden: Diese verschiedenen Erfahrungen waren auch Teil der Reformation. Die Freikirchen, auch die Mennoniten, versuchen momentan, sich auf ihr Erbe berufend, als „radikale“ Reformation oder „linker Flügel“ der Reformation in die Feierlichkeiten einzubringen. Das ist aus unserer heutigen Perspektive auch gut und recht, weil die Täufer der Reformation eine weitere Nuancierung hinzufügen. Zeitgenössisch war dies anders: Offenkundig hätte kein Reformator des 16. Jahrhunderts die Täufer als Teil seiner Reform gesehen. Auch kein Landesfürst nahm die Täufer als bereichernden Teil seines Territoriums wahr. Ganz im Gegenteil: Richtete man die Täufer nicht hin, so wollte man sie wenigstens unterweisen – im rechten Glauben.

Wir gehen heute mit unserem Blick über diese Exklusion hinweg und subsumieren die Täufer in der großen Bewegung der Reformation als „linken Flügel“ oder als „radikale Reformation“. Was auch gut ist, denn die Täufer standen auf dem Grund des Evangeliums und sie entzaubern die Reformatoren, sie zeigen sie als fehlbare Menschen – auch mit ihren Schattenseiten. Aber die Frage ist, ob die gewählten Kategorien so günstig sind. Vereinnahmen wir die Täufer mit den Labels „radikal“ und „links“ nicht und pressen sie dadurch in einen Blickwinkel des 21. Jahrhunderts? Eigentlich fassen wir damit die Breite der täuferischen Bewegung, wie ich sie versucht habe zu skizzieren, nicht.

Denn mit beiden Titulierungen „radikal“ und „links“ verbinden sich ganz bestimmte Vorstellungen, die von unserem heutigen politischen Verständnis geprägt sind. Sie erzeugen Bilder, die ganz im 21. Jahrhundert verankert sind. „Radikal“: Spiegelt sich hier nicht gerade ein Vorwurf wider, der den Täufnern immer wieder das Bein gestellt hat? Nämlich wie 1525 im Bauernkrieg gewaltsam für eine bessere Welt gekämpft zu haben? „Radikal“ müsste zumindest sehr ausführlich erklärt werden, denn in gewissem Sinne waren die Täufer radikal, was nämlich ihren Bruch mit den bestehenden Ordnungen anbetraf. Sie stellten politisch-soziale Kategorien sehr radikal infrage. In einer frühneuzeitlichen Gesellschaft ist die Verweigerung des Eides einer der größten Brüche im Verhältnis der Untertanen zu ihren Landesfürsten, den man sich denken kann. Welche Sicherheiten hatte denn der Landesfürst, um sich der Loyalität seiner Untertanen zu versichern? Kaum welche,

außer den Eid. Diesen – nämlich den Huldigungseid – galt es, beim Antritt einer neuen Herrschaft zu leisten. Wurde dieser verweigert, so war die Loyalität massiv infrage gestellt. Aus einer solchen landesfürstlichen Perspektive erhält die täuferische Geschichte noch einmal eine andere Dimension. Wie sollte man sicher gehen, dass die eigenen Untertanen im Ernstfall nicht den Aufstand planten, wenn sie den Huldigungseid verweigert hatten – und darüberhinaus sich auch noch weigerten, zu den Waffen zu greifen. Frühneuzeitliche Herrschaft basierte nun mal auf diesen Pfeilern. Radikal waren die Täufer auch in der Umsetzung ihrer Ideen. Sehr konsequent versammelten sie sich in Gemeinden, die sich jegliche Einmischung von außen verboten. Gegen alle Widerstände und im Angesicht des Todesurteils taufte sie ihre erwachsenen Mitglieder. Also: radikal „Ja“, aber nicht in jeder Hinsicht und in jeder Konsequenz.

Auch beim Begriff „linker Flügel“ denkt der Mensch des 21. Jahrhunderts wohl vor allem zunächst einmal in politischen Kategorien, die sich jedoch erst im 19. Jahrhundert herausgebildet haben. „Rechts“ und „links“, das waren Einordnungen für die Parteien im Frankfurter Paulskirchenparlament von 1848, und links“ saßen die Sozialisten und Kommunisten. Die Täufer des 16. Jahrhunderts in diese politische Ecke zu rücken, erscheint etwas geschichtsklitternd. Sicher, auch Heinold Fast hat die Täufer als „linken Flügel“ bezeichnet. Allerdings verneinte er die politischen Konnotationen und verwendete den Begriff, um den Bruch mit der unmittelbaren Vergangenheit, mit dem Althergebrachten zu unterstreichen, den die Täufer vollzogen – wie eben die linken Parteien von 1848.

Auch wenn die Begriffe „radikal“ und „links“ nur zum Teil in ihrer politischen Bedeutung auf die Täufer angewendet werden – wir ordnen sie automatisch unseren heutigen Kategorien zu. Und pressen die Täufer damit in Kategorien, die unseren Weltbildern entstammen. Es entstehen Anachronismen, die die historische Entwicklung schnell in ein falsches Licht rücken. Doch gilt es natürlich, das Kind zu benennen, das wir behandeln wollen. Die Täufer des 16. Jahrhunderts selbst waren ja auch noch keine Täufer. Sie nannten sich untereinander „Geschwistriget“, „Brüder“ und „Schwestern“. Die Namen Hutterer, Mennoniten waren wohl hauptsächlich von außen gegeben.

Wie bringt man nun die Täufer in der Reformation unter? Österreich erweist sich manchmal als herrlich pragmatisch. Für die dortige evangelische Kirche gehört die Täuferbewegung interessanterweise von vornherein viel selbstverständlicher zur Reformation dazu als in Deutschland. Vielleicht spiegelt sich hier die ähnliche historische Erfahrung wieder, die in die Gemeinsamkeit führt, denn auch die Evangelischen hatten in Österreich ja historisch einen schwierigen Stand. Auf jeden Fall heißt im Grundsatzpapier „Evangelische Kirche sein. 500 Jahre Reformation“, das die Generalsynode im Juni 2013 verabschiedet hat: „Der Reformprozess [des 16. Jahrhunderts, v.S.] war in ganz Europa, auch im heutigen Österreich, in vielfältigen Formen aufgebrochen, wobei insbesondere auch an die Täuferbewegung zu erinnern ist.“ Und weiter heißt es, die evangelischen Kirchen laden all diejenigen Kirchen ein, die sich „ebenfalls auf reformatorische Bewegungen zurückführen und mit denen sie in ökumenischer Verbundenheit stehen, zum gemeinsamen Gedenken der Reformation [...], v.S.]. Diese Einladung gilt vor allem dem Bund der Baptistengemeinden in Österreich und dem Bund der Mennonitischen Freikirche in Österreich.“

Die Täufer also als Kirche, die sich auch auf die reformatorischen Bewegungen zurückführte. Oder, wie der evangelische Pfarrer von Innsbruck, Werner Geißelbrecht, neulich ganz pragmatisch bemerkte: Auch die Täufer sind eine evangelische Bewegung. Mehr braucht es eigentlich nicht. Wenn die Täufer eine weitere evangelische Bewegung sind, dann sind sie Teil der Reformation. Dann sind sie nicht „links“ oder „radikal“, was sie ja in gewisser Weise sprachlich schon wieder etwas separiert – sie sind einfach eine evangelische Bewegung. Orientiert am Evangelium und an

der Bergpredigt, die die Täufer etwas anders und konsequenter auslegten als andere evangelische Bewegungen.

In Deutschland hat die EKD ebenfalls einige programmatische Schriften verfasst, die auf das Reformationsjubiläum vorbereiten sollen. Und dabei hat sie Perspektiven aufgestellt: Was hat die Reformation gebracht und was bedeutet sie? Der Reformation werden „epochale Veränderungen“, „Wirkungen quer durch alle Kontinente“ zugesprochen. Die Reformation hätte ein mündiges Christsein gefördert, was damit zusammenhängt, dass der Mensch im evangelischen Glauben unmittelbar zu Gott steht. Er braucht keinen Mittler und keinen Interpreten der Bibel, sondern er kann sie in seiner eigenen Volkssprache lesen. Die Kirche ist – im Idealbild – eine unhierarchische Gemeinde; jeder Gläubige ist ein Priester.

Wenn der Reformation an sich solch epochale Wirkungen zugeschrieben werden können, wo stehen die Täufer? Erstens im Punkt Mündigkeit. Die täuferischen Gemeinden wollten ebenso mündige Menschen. Man las in den Versammlungen gemeinsam in der Bibel, legte sie gemeinsam aus und stand ebenso unmittelbar zu Gott. Doch die Täufer steigerten die Mündigkeit des Menschen noch einmal, weil sie versuchten, ihn auch politisch zu emanzipieren. Auch die Taufe ist ein Akt der gesteigerten Mündigkeit, unterstrichen durch die von der Glaubensüberzeugung getragene Taufentscheidung – die Zugehörigkeit zur Gemeinde durch eine bewusste Glaubensentscheidung und ein bewusstes Bekenntnis. Nicht durch Geburt und Säuglingstaufe, nicht als Teil einer Volkskirche. Dies sollte eigentlich ein „Mitschwimmen“ im Gemeindeleben verhindern.

Zweitens im Punkt Gemeindeverständnis und in der Beziehung der Gemeinden und der Gläubigen zu den Obrigkeiten. Die Täufer legten bereits im 16. Jahrhundert Grundsteine, die in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts zusammengefügt werden, beispielsweise mit der Trennung von Staat und Kirche. Und mit der neuen Bedeutung, die der Eid gewann. Die Wahrheit, die sich mit dem Eidschwur verbindet, wird ans Gewissen gebunden, nicht an eine Konfession. Schon 1660 stellte die Stadt Rotterdam in einem Brief an die Stadt Bern fest, dass es einer Republik keineswegs schaden würde, wenn sich eine Gruppe von Untertanen, wie die Täufer, aus einer „sonderlichen Gottesfurcht“ heraus, dem Eid enthalte. Die Täufer in den Niederlanden verweigerten auch den Eid, würden sich jedoch trotzdem ihren Obrigkeiten verpflichtet fühlen und den Gehorsam nicht verweigern, weil sie „aus zwang ihres Gewissen sich verpflichtet halten“. Würden sie ihre „nakte erklärung“ brechen, so gelte dies als Meineid und der Meineidige würde sich der Strafe willig unterwerfen. Auch so ging es im 17. Jahrhundert.

Die Täufer ergänzten also ein Mosaiksteinchen im bunten Panorama reformatorischen Aufbruchs im 16. Jahrhundert. Die Täufer entwickelten ihre eigene Vorbildwirkung auf spätere Gruppen wie die Baptisten oder andere Erweckungsbewegungen des 17. und 18. Jahrhunderts, etwa auf pietistische Gruppen, oder die Freikirchen des 19. Jahrhunderts.

2025 ist für alle täuferischen Gemeinden ihr 2017! In Erinnerung an die erste Glaubenstaufe 1525 in Zürich bringt das Jahr 2025 die Chance, Täufertum nach außen zu tragen: Mündigkeit, Taufbekenntnis, Gemeindeverständnis, Lebenszeugnis. Und es wäre zu begrüßen, wenn auch die Nachkommen der frühneuzeitlichen Täufer eine ganze Dekade nutzen, um über die geschichtlichen Ereignisse und ihre heutige Bedeutung zu reflektieren und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Weg nach 2025, der uns heute über 1664 führt, erinnert uns daran, dass Religionsfreiheit auch heute immer noch nicht selbstverständlich ist. In unseren Breitengraden, wo wir diesbezüglich recht gut dastehen, vergessen wir oft, wo überall auf der Welt Christen verfolgt werden. Es wird uns meist erst dann schmerzlich bewusst, wenn in den Medien Bilder von Überfällen auf christliche Kirchen laufen, wie sie in asiatischen, afrikanischen und arabischen Ländern immer wieder vorkommen.

Das Bekenntnis zum christlichen Glauben ist hier immer noch lebensbedrohlich. Und deshalb ist es ein guter Brauch, dass viele Kirchen Gebetstage für verfolgte Christen haben. Nehmen wir solche Möglichkeiten wahr – im Bewusstsein, dass Europa diesbezüglich ein schweres, aber auch ein bedeutsames Erbe hat.